

# KAIRO+

## Parlamentarische Gruppe

Co-Präsidium:

Yvonne Gilli, NR/SG +Marina Carobbio Guscetti, NR/TI

Die **parlamentarische Gruppe KAIRO+** hat sich der Umsetzung des Aktionsprogramms der UNO-Konferenz in Kairo von 1994 verpflichtet. Darauf basierend behandelt der Newsletter Themen zu **sexueller und reproduktiver Gesundheit** im Kontext von *Global Health, Entwicklungszusammenarbeit, Gleichstellung von Frau und Mann und Armutsbekämpfung*.

## Newsletter

Ausgabe 2 / 27. Mai 2010

Liebe Mitglieder der parlamentarischen Gruppe KAIRO+

Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Wir freuen uns, ihnen pünktlich auf die Sommersession hin den Newsletter der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ zu übermitteln. In dieser zweiten Ausgabe greifen wir mit dem Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung, den Vorstössen zur Finanzierung von Verhütungsmitteln und der Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs vor allem nationale Themen im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit auf. Aber auch die internationale Ebene lassen wir nicht aus den Augen vor allem im Hinblick auf den UNO-Gipfel im September, der 10 Jahre nach der Verabschiedung der UNO-Millenniums-Entwicklungsziele Bilanz ziehen wird. Neu haben wir eine Rubrik Wissen eingeführt, in der wir Ihnen kurz und prägnant für unser Thema relevante Organisationen, Personen, Begriffe oder Konzepte vorstellen.

## Aktuell

---

- Das **Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung** war ein Schwerpunktthema der Sitzung der parlamentarischen Gruppe Kairo+ am 18. März. Reto Wiesli von der Fachstelle Gesundheitspolitik hat den Gesetzesentwurf, auf welchen die Gesundheitskommission des Nationalrats inzwischen eingetreten ist, vorgestellt. Das neue Bundesgesetz bedeute eine sinnvolle und notwendige Reform, denn es verbessere die Koordination und steigere die Effizienz, indem eine kohärente Strategie und klare Ziele gesetzt würden. Zudem bringe es eine sinnvollere Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und privaten Akteuren und schliesse die gesetzlichen Lücken bei chronischen und psychischen Krankheiten, so der Referent. Zudem fördere es die Eigenverantwortung und ermögliche Rahmenbedingungen, die die Gesundheit der Bevölkerung verbessern. Und nicht zuletzt entlaste es in der Zukunft das Gesundheitssystem mit seinen stetig steigenden Kosten.

Diese Einschätzung stützen gleich mehrere neue Studien. Die von den Behörden in Auftrag gegebene **Nachhaltigkeitsstudie** zum Präventionsgesetz kommt zum Schluss, dass dieses klar positive Gesamtwirkung auf die Wirtschaft hat. Auch die gesellschaftlichen Auswirkungen seien positiv, weil mit dem Präventionsgesetz primär der Gesundheitszustand verbessert, aber auch die Chancengleichheit und die Solidarität zwischen den Gesellschaftsschichten gestärkt und das Armutsrisiko vermindert werden könne. Eine vom BAG in Auftrag gegebene und vom Institut für Wirtschaftsforschung in Neuenburg und dem Institut für Gesundheitsökonomie in Winterthur durchgeführte Pilotstudie kann den Return on Investment konkret beziffern: Dieser beträgt bei der

Prävention von Verkehrsunfällen 9,4 Franken pro investierten Franken, das 23-fache bei der Alkoholprävention und das 41-fache bei der Tabakprävention.

Links:

- *Infos und Nachhaltigkeitsbeurteilung zum Präventionsgesetz:*  
<http://www.bag.admin.ch/themen/gesundheitspolitik/07492/index.html?lang=de>
- *Bericht ökonomische Evaluation von Präventionsmassnahmen in der Schweiz:*  
<http://www.bag.admin.ch/evaluation/01759/07612/07620/index.html?lang=de>
- *Allianz Gesunde Schweiz:*  
<http://www.allianzgesundeschweiz.ch>

- Im zweiten Teil der Sitzung der parlamentarischen Gruppe Kairo+ am 18. März hat Patricia Schulz, die Direktorin des eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann, über die Sitzung der **UN-Commission on the Status of Women CSW** von Anfang März in New York berichtet. Als Mitglied der Schweizer Delegation zog sie eine positive Bilanz über das Treffen, an dem 15 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Beijing sieben Resolutionen verabschiedet wurden. Die ursprünglich sehr schwach formulierte Resolution „Eliminating Maternal Mortality and Morbidity through the empowerment of women“ konnte dank hartnäckigen Verhandlungen, an denen sich die Schweizer Delegation massgeblich beteiligte, bedeutend nachgebessert werden.

Links:

- *CSW Resolutionen:*  
<http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing15/outcomes.html>
- *Medienmitteilung zu CSW:*  
<http://www.plan-s.ch/spip.php?article154>

- Während der Frühjahrssession ist das Thema **Finanzierung von Verhütungsmitteln** im Nationalrat über mehrere Vorstösse eingebracht worden. In der Schweiz müssen Verhütungsmittel privat bezahlt werden, was dazu führt, dass Frauen in Abhängigkeit von ihrem sozialen und wirtschaftlichen Status nicht immer das für sie sicherste Verhütungsmittel wählen können. In ihrer Interpellation stellt Yvonne Gilli dem Bundesrat diesbezügliche Fragen unter anderem auch im Zusammenhang mit der Prävention von unerwünschten Schwangerschaften. In einem Postulat zu dem Thema fordert Doris Stump, dass medizinisch verschriebene Verhütungsmittel allen Bevölkerungsgruppen leicht zugänglich gemacht werden müssen, indem sie in den Grundkatalog der Krankenversicherung aufgenommen werden.

Links:

- *Interpellation Yvonne Gilli*  
[http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20103104](http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20103104)
- *Motion Doris Stump*  
[http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch\\_id=20103306](http://www.parlament.ch/D/Suche/Seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20103306)

- Zurzeit ist die Unterschriftensammlung für eine eidgenössische **Initiative** am Laufen, welche die **Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs aus der obligatorischen Grundversicherung streichen will**. Die Gegnerschaft des Schwangerschaftsabbruchs will damit eine Pflichtleistung der Krankenversicherung eliminieren, die bereits 1981 eingeführt wurde. Mit der Initiative wird das auch bei der Abstimmung zur Fristenregelung von der Bevölkerung klar getragene Recht der Frau auf freien Entscheid untergraben. Der Zugang

zu einem fachgerecht durchgeführten Schwangerschaftsabbruch gehört zu den sexuellen Rechten, für die sich die parlamentarische Gruppe Kairo+ einsetzt.

Link: [http://www.plan-s.ch/IMG/pdf\\_100126\\_mm\\_SA\\_initiative\\_d\\_planes.pdf](http://www.plan-s.ch/IMG/pdf_100126_mm_SA_initiative_d_planes.pdf)

## Agenda

---

- **Sitzung der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ am 17. Juni 2010**  
Zeit: 13.00-14.30 Uhr  
Ort: Bundeshaus, Komm.Zim 286  
Referate zum Thema **Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs** auf nationaler wie auf internationaler Ebene:
  - **Dr. Virginie Masserey**, Leiterin der Sektion Impfungen des Bundesamtes für Gesundheit **BAG**: Umsetzung der nationalen HPV-Impfstrategie in den Kantonen
  - **Tormond Simensen**, Senior Manager of **GAVI Alliance**: „GAVI and women’s health – the potential of HPV vaccine“Anmeldung über: [info@plan-s.ch](mailto:info@plan-s.ch)
- **Women Deliver Konferenz vom 7.—9. Juni 2010 in Washington DC/USA**  
Vom 7. bis zum 9. Juni findet in Washington die zweite Women Deliver Konferenz statt. Dieses high-level Meeting bringt politische Entscheidungsträger aus Entwicklungsländern und aus Geberländern sowie Vertreterinnen und Vertreter von internationalen Organisationen, Stiftungen und nichtstaatlichen Organisationen zusammen mit dem Ziel, die politische und finanzielle Unterstützung zur Umsetzung von UNO-Millenniums-Entwicklungsziel 5 zu stärken. Dieses zielt auf die Senkung der weltweiten Müttersterblichkeit und den universellen Zugang zu reproduktiver Gesundheit ab. Das European Parliamentary Forum EPF (siehe Wissen) wird mit einer Parlamentarier-Innendelegation, an der Yvonne Gilli teilnehmen wird, an der Konferenz vertreten sein.  
Website: <http://www.womendeliver.org>
- **Weltkonferenz der Gesundheitsförderung vom 11.—15. Juli in Genf**  
Vom 11. - 15. Juli 2010 findet in Genf die 20. Weltkonferenz der Gesundheitsförderung zum Thema "Gesundheit, Chancengleichheit und nachhaltige Entwicklung" statt.  
Website: <http://www.iuhpeconference.net/>
- **Internationale Aids-Konferenz in Wien vom 18.-23. Juli 2010**  
Vom 18. - 23. Juli findet in Wien die XVIII internationale Aids-Konferenz statt, die HIV/Aids Fachleute aus Wissenschaft, von NGOs, Politikerinnen und Politiker wie auch direkt Betroffene zusammenbringt. Neben dem Austausch der aktuellsten Forschungsergebnisse steht in diesem Jahr die Forderung nach universellem Zugang zu HIV-Prävention, Behandlung, Pflege und Unterstützung im Zentrum. Zudem wird der Zusammenhang zwischen Menschenrechten und HIV/Aids unterstrichen.  
Website: <http://www.aids2010.org/>

- **Studienreise nach Bangladesh:**  
Für Anfang November plant das Büro Genf des UNO-Weltbevölkerungsfonds UNFPA eine Studienreise für Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus der Schweiz, Deutschland und Österreich zum Thema sexuelle und reproduktive Gesundheit. Interessierte können sich melden bei: [susanne.rohner@plan-s.ch](mailto:susanne.rohner@plan-s.ch)
- **Daten der nächsten Sitzungen der parlamentarischen Gruppe KAIRO+:**  
Die Sitzungen finden jeweils am 3. Donnerstag der Session im Bundeshaus statt:
  - Sommersession: **17. Juni**
  - Herbstsession: **30. September**
  - Wintersession: **16. Dezember**

## Wissen

---

### *European Parliamentary Forum EPF*

Im europäischen Raum gibt es 25 parteiübergreifende parlamentarische Gruppen, die sich im nationalen wie auch im internationalen Kontext für die Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und diesbezügliche Rechte einsetzen. Das European Parliamentary Forum on Population and Development (europäisches parlamentarisches Forum zu Bevölkerung und Entwicklung) mit Sitz in Brüssel dient diesen Gruppen als Plattform zur Vernetzung und Koordination. Das Netzwerk stützt sich auf das Aktionsprogramm der UNO-Konferenz von Kairo ab. Das EPF bietet neben Informationen und Veranstaltungen auch Studienreisen an und entsendet Delegationen mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern der nationalen Gruppen an internationale Konferenzen wie zum Beispiel der UNO-Commission on the Status of Women (siehe aktuell) oder an die Women Deliver Konferenz (siehe Agenda). Nationalrätin Yvonne Gilli wurde Ende 2009 ins Exekutivkomitee des European Parliamentary Forums gewählt.

## Kontakt

---

Bei Fragen wenden sie sich bitte an **PLANes**, die Schweizerische Stiftung für sexuelle und reproduktive Gesundheit, welche für die parlamentarische Gruppe KAIRO+ das Sekretariat führt: Kontakt: [susanne.rohner@plan-s.ch](mailto:susanne.rohner@plan-s.ch)

Der Newsletter erscheint viermal jährlich. Falls sie den Newsletter nicht erhalten möchten, können sie sich über die obige Mailadresse von der Verteilliste streichen lassen.